

## INHALT

1. Eklat auf Maritimer Konferenz war keine Stilfrage
2. Alle Kräfte für den NOK bündeln
3. Petition gegen Albig's Beamtenbesoldungsdiktat bei über 4000 Mitzeichnern
4. Habeck bietet Brunsbüttel als Castoren-Zwischenlager an
5. Landesregierung reagiert auf CDU-Kritik wegen Umgang mit kommunalen Ehrenämtern
6. Entwurf der Regierungsfaktionen zum Tierschutz-Verbandsklagerecht fehlerhaft
7. Veranstaltungshinweis

12.04.2013

**Eklat auf Maritimer Konferenz war keine Stilfrage**  
**Oberbürgermeisterin Gaschke setzt längst als haltlos widerlegte SPD-Kampagne fort**



Hans-Jörn Arp, MdB

Bei ihrem Grußwort anlässlich der achten Maritimen Konferenz in Kiel sorgte Oberbürgermeisterin Susanne Gaschke am 08. April für einen Eklat. Im Beisein von Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer stellte sie öffentlich die Frage, wohin angeblich bereits im Jahr 2009 für den NOK in den Bundeshaushalt eingestellte 273 Millionen verschwunden seien. Mit dem Hinweis auf ihr Verständnis für bayrischen Lokalpatriotismus

implizierte sie gegenüber den Teilnehmern darüber hinaus, das Geld sei zweckentfremdet worden.

„Jetzt weiß ich, was Fremdschämen ist“, erklärte dazu CDU-Verkehrsexperte Hans-Jörn Arp. Eine solche Brüskierung eines Gastes schade Kiel als Standort für hochrangige Konferenzen.

Gaschke setzte mit ihrem Grußwort offensichtlich eine SPD-Kampagne fort, die Ramsauer bereits am 20. März 2013 im Rahmen seiner Rede im Deutschen Bundestag widerlegt hatte. Tatsächlich wurden die 273 Millionen nie in den Haushalt eingestellt – es handelte sich um projektierte Kosten. (Link zur Rede unten, die Passage beginnt bei 2:30) Bei der Rede mit im Bild: Johannes Kahrs, SPD-Bundestagsabgeordneter, der diese Vorwürfe im Radio erhoben hatte, und die Ostholsteinische SPD-Bundestagsabgeordnete Bettina Hagedorn. Sie hatte am 13. März die Vorwürfe in einer Pressemitteilung formuliert (Link s. unten). Nach der Klarstellung Ramsauers hatten beide sich mit Äußerungen zu diesem Thema zurück gehalten.

Ebenfalls im Bundestag anwesend war Schleswig-Holsteins Verkehrsminister Reinhard Meyer. Meyer bezeichnete laut Medienberichten Gaschkes Grußwort am Montag lediglich als „ein Stück zu emotional“. SPD-Landeschef Stegner gab Gaschke sogar „in der Sache Recht“. Er selbst hätte sich laut Medienberichte allerdings diplomatischer ausgedrückt.

Arp kritisierte den Versuch der SPD-Funktionäre, den Eklat zur reinen Stilfrage umzudeuten, scharf. „Frau Gaschke hat auf dem Empfang ausgerechnet als Repräsentantin der Gastgeberstadt eine längst als haltlos bewiesene SPD-Kampagne fortgesetzt. Das ist keine Stil-, sondern eine Charakterfrage“, erklärte Arp in Kiel.

Von SPD-Landeschef Stegner würde niemand eine andere Reaktion erwarten, betonte der CDU-Abgeordnete. Die Beteiligung von Verkehrsminister Meyer an der Kampagne zeige allerdings eindeutig, dass es der SPD-geführten Landesregierung nicht darum gehe, den Kanal möglichst schnell zu sanieren. „Ihr geht es darum, mit allen Mitteln aus den Problemen am Kanal maximales politisches Kapital zu schlagen. Und das ist von allen Verantwortlichen stil- und charakterlos“, so Arp.

Zum Link des Bundesverkehrsministers:

[http://www.bmvbs.de/SharedDocs/DE/Pressemitteilungen/2013/038-ramsauer-brunsbuettel1.html?linkToOverview=DE%2FPresse%2FPressemitteilungen%2Fpressemitteilungen\\_node.htm%3Fgtp%3D36166\\_list%25253D2%23id105250](http://www.bmvbs.de/SharedDocs/DE/Pressemitteilungen/2013/038-ramsauer-brunsbuettel1.html?linkToOverview=DE%2FPresse%2FPressemitteilungen%2Fpressemitteilungen_node.htm%3Fgtp%3D36166_list%25253D2%23id105250)

zur Pressemitteilung von Frau Hagedorn:

[http://spdnet.sofi.info/sh/ostholstein/bhagedorn/dl/13-03-13\\_NOK\\_Versprechensminister.pdf](http://spdnet.sofi.info/sh/ostholstein/bhagedorn/dl/13-03-13_NOK_Versprechensminister.pdf)

---

### **Alle Kräfte für den NOK bündeln**

#### **CDU-Landtagsfraktion und CDU-Landesverband treten Initiative Kiel-Canal bei**

Während die Nord-SPD offensichtlich versucht, aus den Problemen am NOK vor allem politisches Kapital zu schlagen, haben sich die Landtagsfraktion und der Landesverband der CDU Schleswig-Holstein nach der Landesregierung auch der „Initiative Kiel-Canal“ – einem von Unternehmen der Maritimen Wirtschaft und nautischen Institutionen gegründeten Verein - angeschlossen.

„Die CDU-Fraktion hat bereits Anfang März für eine parteiübergreifende Allianz von Experten aus Verwaltung, Politik und Wirtschaft geworben. Ziel muss es sein, jetzt kurzfristig einen Zeit- und Maßnahmenplan zu erarbeiten. Wir haben für diesen Vorschlag auch die Unterstützung

von Bundesverkehrsminister Ramsauer gewinnen können“, sagte CDU-Fraktionschef Johannes Callsen im Rahmen eines Pressegesprächs am 09. April 2013.

Wichtig sei, dass alle in diesem Bündnis an einem Strang ziehen. Es müssten jetzt Entscheidungen für die nächste Generation getroffen werden, und nicht für die nächste Wahlperiode erklärte der CDU-Abgeordnete mit Blick auf das Verhalten der Nord-SPD.

„Mit unseren Kontakten zu Bundesregierung und Bundestag wollen wir unseren Beitrag zum Gelingen der Initiative leisten“, so Callsen.

CDU-Landesvorsitzender Reimer Böge will auch persönlich als Europaabgeordneter den Weg für den Erfolg des Bündnisses ebnen: „Der Nord-Ostsee-Kanal hatte schon immer eine europäische Dimension. In der kommenden europäischen Verkehrsinfrastrukturförderung ab 2014, der sogenannten Connecting Europe Facility, wird der NOK als Teil der Kernnetze eine wichtige Rolle spielen. Ich freue mich darauf, meine Erfahrung und Kontakte in den Dienst der „Initiative Kiel-Canal“ zu stellen“, unterstrich Böge.

Er halte es für klug, dass ein von Unternehmen der Maritimen Wirtschaft und nautischen Institutionen gegründeter und getragener Verein die Federführung der Initiative für den NOK behalte.

„Wir haben in den vergangenen Jahrzehnten erlebt, dass die Aktivitäten der Regierungen jeder Couleur immer erst dann ganz erheblich zunahmen, wenn Schleusen ausfielen. Dieses Krisenmanagement kann aber ein langfristig tragendes Zeit- und Maßnahmenkonzept nicht ersetzen. Ich bin sicher, dass die Vertreter der Initiative die Regierungen und die Parteien nicht aus der Pflicht lassen werden“, so Böge.

Der Vorsitzende des Vereins „Initiative Kiel-Canal“, Jens B. Knudsen, betonte im Pressegespräch erneut die Bedeutung des Nord-Ostsee-Kanals für ganz Deutschland. „Die Zukunftssicherung des Nord-Ostsee-Kanals beinhaltet die unbürokratische Aufstockung von Personal für Planungs- und Wartungsarbeiten sowie die Grundinstandsetzung der Schleusenanlagen, den Ausbau der Oststrecke vor Kiel und die Vertiefung des Kanals um einen weiteren Meter“, betonte Knudsen.

Zur Initiative Kiel-Canal:  
<http://initiative-kiel-canal.de>



Die Vertreter von Fraktion und Landesverband mit dem Vorsitzenden des Vereins Jens B. Knudsen

## **Petition gegen Albig's Beamtenbesoldungsdiktat bei über 4000 Mitzeichnern Mitzeichnung wegen technischer Probleme derzeit online nicht möglich**

Das Hamburger Abendblatt zitierte Ministerpräsident Torsten Albig am 21. März im Hinblick auf dessen „Vorschlag“ für eine Anpassung der Beamtenbesoldung mit den Worten: „Das ist Cash in die Täsch.“ Das sehen die Betroffenen offensichtlich anders. Die Gewerkschaften GdP, DGB, GEW und ver.di riefen heute anlässlich des SPD-Landesparteitages am 27. April in Büdelsdorf zu einer gemeinsamen Demonstration gegen das Besoldungsdiktat auf.

„Albig's peinlicher Versuch, sein Besoldungsdiktat in einen „solidarischen Weg“ umzudeuten, ist krachend gescheitert“, erklärte dazu CDU-Fraktionschef Johannes Callsen heute (12. April 2013) in Kiel.

Die am 05. April gegen das Besoldungsdiktat eingereichte Online-Petition hat mittlerweile weit über 4000 Mitzeichner. Bis zum 17. April ist eine Mitzeichnung aufgrund technischer Probleme nicht möglich.

Bereits bei mehr als 2000 Mitzeichnern soll nach der Verfahrensordnung des Petitionsausschusses einem Petenten die Möglichkeit gegeben werden, sein Anliegen persönlich vorzutragen.

Callsen forderte Ministerpräsident Albig jetzt auf, an der anstehenden Anhörung des Petenten im Ausschuss persönlich teil zu nehmen:

„Der Ministerpräsident soll seinen Mitarbeitern ins Gesicht zu sehen, wenn diese ihr Anliegen vortragen. Und er soll den Petenten persönlich erklären, weshalb er trotz einer siebenprozentigen Steigerung der Ausgaben des Landes nicht genug Geld für seine Beamten übrig haben will“, forderte Callsen.

Die Menschen glaubten Albig's salbungsvollen Reden von Solidarität und Dialog längst nicht mehr. Sie hätten verstanden, dass der Ministerpräsident mit diesen Reden eine knallharte Interessenpolitik zu Gunsten der Klientel von SPD, Grünen und SSW übertüncht. „Albig's Gesetze sprechen eine andere Sprache, als seine Reden“, so Callsen.

Unter folgendem Link kann die Petition (sofern verfügbar) mitgezeichnet werden:

<https://www.landtag.ltsh.de/petitionen/oeffentliche-petition/petition.html?petitionid=43>



CDU-Fraktionschef, Johannes Callsen, MdL

## **Habeck bietet Brunsbüttel als Castoren-Zwischenlager an Nord-Grüne wollen Ersatz für Zwischenlager Gorleben**

Da das niedersächsische Gorleben bislang als einziger Endlagerstandort für stark radioaktive Stoffe vorgesehen war, wurden im dort dafür eingerichteten Zwischenlager die Castoren mit allen bundesweit anfallenden abgebrannten Brennelementen untergebracht. Die niedersächsische Landesregierung hatte ihre Zustimmung zu einem neuen Endlagersuchgesetz auf Bundesebene nun jedoch davon abhängig gemacht, dass in Gorleben keine weiteren Castoren mehr zwischengelagert werden.

Vor diesem Hintergrund hatte Umweltminister Robert Habeck in einem Brief an Bundesumweltminister Peter Altmaier mitgeteilt, dass sich Schleswig-Holstein „Gesprächen zur Zwischenlagerung der aus Sellafield zurück zu nehmenden 21 Castoren mit hochradioaktivem Atommüll und der fünf Behälter mit Atommüll aus der Wiederaufbereitung in Frankreich an anderen Standorten als Gorleben“ nicht verschließe. Habeck bat Altmaier um eine umfassende Abschätzung der Belastung für Schleswig-Holstein.

Altmaier antwortete prompt, dass nach Überprüfung der für die Zwischenlagerung in Betracht kommenden Standorte eine Unterbringung im Standortzwischenlager Brunsbüttel bundesweit den Vorzug verdiene.

Daraufhin ruderte Habeck nach ersten entsprechenden Zeitungsmeldungen zurück. Das Zwischenlager Brunsbüttel sei zu klein, um alle Castoren aufzunehmen. Innenminister Breitner machte deutlich, dass die schleswig-holsteinische Polizei eine Bewachung der Transporte alleine nicht sicher stellen könne. Für eine Finanzierung zusätzlicher Polizeikräfte aus anderen Bundesländern sei kein Geld da.

CDU-Fraktionschef Johannes Callsen und der regionale Abgeordnete Jens-Christian Magnussen forderten Ministerpräsident Albig auf, den Menschen die Regierungspläne zur Zwischenlagerung von Atommüll in Schleswig-Holstein zu erklären. Magnussen forderte von Beginn an eine umfassende und transparente Bürgerbeteiligung.

Habeck müsse darüber hinaus erklären, weshalb er unter anderem Brunsbüttel aufgrund der Gefahr möglicher Erdbeben, extremer Sturmfluten, von Deichbruch und Schiffshavarien die Eignung als Kernkraftwerksstandort abgesprochen habe, nun jedoch auf Jahrzehnte dort Atommüll einlagern wolle. Alle Sicherheitsfragen für eine solche Zwischenlagerung müssten nach den gleichen strengen Standards geprüft werden, die Habeck für Kernkraftwerke aufgestellt habe. Erst dann könne über die Frage der Zwischenlagerung entschieden werden.

Offensichtlich ist gerade innerhalb der Grünen der Kurs hoch umstritten. Sie setzten einen Landesparteitag für den 22. April an. Dort soll über die Frage entschieden werden.

Die Grüne Fraktionschefin Eka von Kalben verteidigte Habecks Kurs in einer Pressemitteilung als verantwortungsvoll und mutig. Den Atommüll einfach weiter in eine Lagerhalle nach Gorleben abzuschieben, sei auf jeden Fall komplett verantwortungslos „und verhindert die jetzt mögliche Suche nach einem Endlager.“

CDU-Fraktionschef Callsen reagierte umgehend: „Eine Zwischenlagerung in einer Lagerhalle in Brunsbüttel ist mit Sicherheit nicht mehr oder weniger verantwortungslos, als eine Zwischenlagerung in einer eigens dafür errichteten Lagerhalle in Gorleben.“

Die Endlagersuche werde nicht durch die Lagerung verhindert, sondern weil SPD und Grüne in Niedersachsen den Verzicht auf Gorleben als Zwischenlager zur Bedingung für eine

Endlagersuche gemacht haben.

„Diese Landesregierung will also die schleswig-holsteinischen Interessen dem politischen Erfolg von SPD und Grünen in Gorleben unterordnen. Das werden wir bei den weiteren Beratungen berücksichtigen“, so Callsen.

Wenn die Regierungskoalition in Schleswig-Holstein vor diesem Hintergrund Widerstand gegen die Pläne von Bundesumweltminister Altmaier zur Einlagerung von Castoren in Brunsbüttel ankündigt, dann sei dies an Scheinheiligkeit kaum zu überbieten, zumal das ursprüngliche Angebot von Umweltminister Habeck gekommen sei:

„Das ist genau so glaubwürdig, wie der Versuch des Ministerpräsidenten, sein Besoldungsdiktat als solidarischen Weg darzustellen“, erklärte der CDU-Fraktionschef.

---

### **Landesregierung reagiert auf CDU-Kritik wegen Umgang mit kommunalen Ehrenämtern Finanzministerin will steuerliche Freistellung der Aufwandsentschädigungen nun doch übertragen**



Petra Nicolaisen, MdL

Die scharfe Kritik der Öffentlichkeit hat die Landesregierung nun offensichtlich doch bewogen, sich für eine Übertragung des erhöhten Steuerfreibetrages für Übungsleiter im Sport auf die kommunalen Ehrenämter einzusetzen. Noch in der vergangenen Woche hatte Finanzministerin Monika Heinold dem Schleswig-Holsteinischen Gemeindetag durch einen Ministerialbeamten auf eine entsprechende Anfrage eine Absage mitteilen lassen.

„Die Finanzministerin lässt durch einen ihrer Beamten wortreich alle juristischen Hindernisse einer solchen Übertragung aufzählen. Abwertender geht es nicht“, erklärte CDU-Innenexpertin Petra Nicolaisen dazu am 05. April 2013.

Das Verhalten lasse nicht nur jede Wertschätzung für die ehrenamtliche Kommunalpolitik vermissen. Die Finanzministerin verstoße darüber hinaus gegen die mit Ausnahme der Fraktion der LINKEN fraktionsübergreifende Entschließung des Innen- und Rechtsausschusses vom 20. April 2011. Darin wurde eine Vereinheitlichung der steuer- und sozialversicherungsrechtlichen Behandlung von Ehrenamtsentschädigungen gefordert.

Offensichtlich gab es daraufhin innerhalb der Landesregierung erheblichen „Gesprächsbedarf“. Nach der Kabinettsitzung am 09. April kündigte Heinold gemeinsam mit Innenminister

Breitner an, sich nun doch für die Übertragung einsetzen zu wollen.

Nicolaisen bezeichnete es als „interessant, dass der Innenminister die Finanzministerin von der Notwendigkeit der Anhebung habe überzeugen müssen. „Ich kann mir beim besten Willen nicht vorstellen, dass der Ministerin das so leicht gefallen ist, wie sie nun behauptet. Vielmehr spricht das für eine innere Zerrissenheit der Landesregierung“, so Nicolaisen.

Zur fraktionsübergreifenden Entschließung des Innen- und Rechtsausschusses:  
<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl17/drucks/2400/drucksache-17-2477.pdf>

---

### **Entwurf der Regierungsfaktionen zum Tierschutz-Verbandsklagerecht fehlerhaft Rickers: SPD, Grüne und SSW sollten den Entwurf zurückziehen**

Nach der Anhörung zur Einführung einer Tierschutz-Verbandsklage in Schleswig-Holstein im zuständigen Agrar- und Umweltausschuss am Mittwoch dieser Woche (10. April 2013) hat der agrar- und umweltpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Heiner Rickers, die Regierungsfaktionen aufgefordert, ihren Gesetzentwurf umgehend zurück zu ziehen:

„Der von der Landesregierung vorgelegte Gesetzentwurf wurde von den Betroffenen in der Luft zerrissen“, so Rickers.

Im Rahmen der Anhörung seien vielfältige Einsprüche, Bedenken und Fragen vorgebracht worden. So würde der entsprechende Entwurf etliche Fragen des Datenschutzes unbeantwortet lassen und Misstrauen gegenüber bestehenden amtstierärztlichen Kontrollen schüren. Der Gesetzentwurf führe nach Ansicht der Angehörten zu weiterer, unnötiger Bürokratie und erschwere die Bemühungen für eine einheitliche Bundesregulierung.

„Den Regierungsfaktionen ist es gelungen, auf lediglich zwei Seiten eines Gesetzentwurfes eine solche Fülle handwerklicher Fehler, Unstimmigkeiten und Fragen unterzubringen, dass es am sinnvollsten wäre, den Gesetzentwurf zurückzuziehen“, so Heiner Rickers.



Heiner Rickers, MdL

---

### **Veranstaltungshinweis FördeForum „Selbstständige Schule“ am 23. April 2013 um 19.00 Uhr im Landehaus**

Der Arbeitskreis Bildung führt im Rahmen der Veranstaltungsreihe „FördeForum“ der CDU-Landtagsfraktion eine Diskussionsveranstaltung zum Thema „Die Selbstständige Schule –

mehr Verantwortung und Eigenständigkeit für unsere Schulen“ durch.

Die CDU-Landtagsfraktion möchte die Selbstverantwortung von Schulen stärken, damit diese ihrem Bildungs- und Erziehungsauftrag besser gerecht werden können.

Durch die Verlagerung von Entscheidungsrechten an die Schulen wollen wir ihre Handlungsspielräume erweitern und ihnen die Möglichkeit geben, ihre Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen. Die Selbstständige Schule kann am besten auf die individuellen Bedürfnisse ihrer Schülerinnen und Schüler eingehen.

Drei sachkundige Referenten werden uns einen Einblick in die Selbstständige Schule geben und wir würden uns freuen, auch Sie begrüßen zu dürfen.

Wir bitten Sie sich aufgrund der Sicherheitsbestimmungen im Landeshaus bei Frau Schaffer per E-Mail ([susanne.schaffer@cdu.ltsh.de](mailto:susanne.schaffer@cdu.ltsh.de)) oder Fax (0431/988-1434) anzumelden.

Link zur Einladung:

<http://www.cdu.ltsh.de/content/aktuelles/veranstaltungen/ff14ohne.pdf>

---

V.i.S.d.P

CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Dirk Hundertmark, Pressesprecher

Tel.: 0431/988-1440

[dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de](mailto:dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de)